

Weniger reinton!

FAKTOR X ist Ressourcenpolitik

- ➔ Die Umweltsituation in Europa, namentlich in Deutschland, hat sich in den letzten 20 Jahren deutlich verbessert: Das gilt z.B. für die Wasserqualität von Rhein und Elbe, auch für die Luft; vieles bleibt noch zu tun.
- ➔ Die globale Situation dagegen ist so angespannt wie nie. Die Knappheiten natürlicher Ressourcen, insbesondere beim Öl, haben bereits massive Auswirkungen auf die Märkte. Bei Stahl sieht es ähnlich aus.
- ➔ Die alte Sicht, in der die natürliche Umwelt nur als Rohstofflager oder als Abfalldeponie erschien, ist nicht mehr angemessen. In einem neuen Verständnis wird sie als knapper, sehr komplexer Lebensraum der Menschen aufgefasst: die Natur als materielles Trägersystem allen wirtschaftlichen Handelns, gegenwärtiger und künftiger Generationen.
- ➔ Entsprechend haben sich die Ansatzpunkte verlagert: von der Umweltpolitik als Reparaturbetrieb, hin zu einer integrierten systemischen Sicht. Die wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang: **Weniger reinton!** Alles, was den Wirtschaftsprozess durchläuft – Material, Energie und Fläche –, schwächt letztlich die natürliche Basis.
- ➔ In der Umweltpolitik ist eine klare Entwicklung zu erkennen: von der Output- zur Inputorientierung. Die Europäische Union entwickelt derzeit eine anspruchsvolle Ressourcenstrategie.

Paradigmenwechsel

Es war in der Sylvesternacht 1989 in Biedermannsdorf bei Laxenburg, südlich von Wien. Russische Freunde waren zu Besuch, die Berater von Präsident Gorbatschow. Vodka spielte eine Rolle an diesem Abend und französisches Essen. Die Russen suchten Unterstützung bei den ersten Schritten der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten auf dem Weg in Richtung Marktwirtschaft. Das Internationale Institut für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg sollte Hilfestellung geben.

Friedrich Schmidt-Bleek, der Vater des deutschen Chemikaliengesetzes und 1989 beim IIASA, redete auf einen Kollegen ein: Russland solle mit der Marktwirtschaft gleich die westliche Umweltgesetzgebung mit einführen. Die Antwort: „Njet. Erst machen wir zusammen die Marktwirtschaft. Dann wer-

den wir reich in Russland. Und danach können wir uns auch eure Umweltpolitik leisten.“¹

Für Schmidt-Bleek ein schockierendes und einschneidendes Erlebnis: Wenn sich noch nicht mal das große Russland den im Westen erprobten Umweltschutz leisten konnte – wo standen dann weit über 100 andere Länder, die noch viel ärmer waren? Nachhaltigkeit also erst, nachdem zunächst alle reich geworden waren und auf dem Weg dorthin noch ungezählte Megatonnen Natur in Abfall, Wasserverschmutzung und Emissionen verwandelt worden waren?

Die bisherige Umweltpolitik erschien plötzlich in einem komplett anderen Licht: Mit Gesetzen und Verordnungen war es im Westen gelungen, eine milliardenschwere Zweitwirtschaft aufzubauen: so etwas wie eine Planwirtschaft, die die Marktwirtschaft sauber halten und Gefahren für die menschliche Gesundheit abwenden soll – mit Hilfe von Filtern, Katalysatoren, Kläranlagen.

Daraus entstand die entscheidende Idee: „Wenn am hinteren Ende der Wirtschaft zu viel umweltgefährlicher Abfall und auch zu viele Emissionen herauskommen, dann sollte man vorne weniger Natur in die Wohlstandsmaschine hineinstecken.“² Ein Gedanke, so simpel wie nur irgendwas. Ein klassischer Paradigmenwechsel.

Schon in ihrer Geburtsstunde hatte die Idee globales Format, nämlich den Ressourcenverbrauch weltweit zu halbieren; nur so, war Schmidt-Bleeks Annahme, könnte man die Ökologie auf diesem Planeten stabilisieren. Daraus ergab sich der Faktor 10: um Raum zu schaffen für die materielle Entwicklung der Länder des Südens. Nur ein Zehntel der Materie, des Stahls, des Erzes, des Abraums, des Wassers, der Luft, der Energie. Aber nicht um zu darben! Dieses Material soll den gleichen Wohlstand – Essen, Trinken, Mobilität, Gesundheit, Unterhaltung, Kultur – liefern wie heute, vielleicht sogar noch ein wenig mehr. Dafür muss man es freilich anders, intelligenter einsetzen. Auf derselben Grundidee basiert der Bericht an den Club of Rome „Faktor vier“³.

Verdünnen, filtern, entsorgen

Ressourcenpolitik ist input-orientierte Politik. Es geht darum, den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur neu zu gestalten, nämlich vom Eintritt der Materie in die Wirtschaft, nicht vom Austritt her.

Neue Ansätze brauchen Zeit. Man muss sie aber auch wollen. Nicht nach dem Motto: Jetzt haben wir lange Umweltpolitik betrieben – nun müssen wir erst mal wieder für Wirtschaftswachstum sorgen! Aus Ressourcensicht geht es um etwas völlig anderes: nämlich Wirtschaft und Umwelt zusammen zu bringen

und so (globales) Wachstum überhaupt zu ermöglichen, indem man die Rechnung *mit* dem Wirt, dem materiellen Trägersystem des Planeten, macht.

So einfach wie der Grundgedanke – weniger reintun! – ist die politische Umsetzung einer Ressourcenstrategie freilich nicht. Weil sie in viele Politikbereiche, vor allem in die Wirtschaftspolitik, implementiert werden muss. Eine Ressourcenpolitik, die ihren Namen verdient, gibt es weltweit noch nicht, wohl aber entscheidende Ansätze und ausgereifte Konzepte.

Die Folgen einer raschen Industrialisierung mit hohen Wachstumsraten in den 60er und 70ern zeigten sich recht bald in der abnehmenden Qualität von Luft und Wasser.⁴ Es war die Zeit der hohen Schornsteine, das Prinzip hieß: den Dreck verteilen. Kohlekraftwerke haben durch weiträumige Luftverschmutzung mittelbar zum Waldsterben in den Mittelgebirgen beigetragen.

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 war der Anlass zur Gründung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. In der Amtszeit von Klaus Töpfer (1987 – 1994) wurde die Bundesrepublik international, vor allem aber innerhalb Europas, zu einem Vorreiter der Umweltpolitik. In diese Zeit fallen z.B. die Großfeuerungsanlagen-Verordnung und die Katalysatorpflicht für Autos. Eine klassische End-of-Pipe-Strategie: Die Schadstoffe wurden nun nicht mehr verteilt, sondern rausgefiltert, abgeondert oder am Ende unschädlich gemacht – die nachgelagerte Planwirtschaft, von der Schmidt-Bleek spricht.

Die Nachteile der End-of-Pipe-Politik und der Aufwand des ordnungsrechtlichen Ansatzes liegen auf der Hand: Regeln müssen überwacht, Missachtung muss geahndet werden. Klaus Töpfer setzte dagegen eine Politik der Netzwerke und des Verursacherprinzips, das heißt: mit den Emittenten ins Gespräch zu kommen, sie einzubinden, etwa in Form von Selbstverpflichtungen der Industrie. Jedoch – der Erfolg hinsichtlich der Ressourcenschonung lässt auf sich warten.

1996 trat das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in Kraft. Aus Stoffstromsicht ein Schritt in die richtige Richtung, weil es auf die Vermeidung und umweltverträgliche Verwertung von Abfällen setzt. Begleitet wird es allerdings von der Verpackungsverordnung und seinem Markenzeichen, dem Grünen Punkt – also wieder ein Stück nachgeschaltete Planwirtschaft. Der Ressourceneinsatz in Deutschland ist durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht maßgeblich gesenkt worden.⁵

Ähnlich ist es mit dem Einstieg in die ökologische Steuerreform, wie sie von der rot-grünen Bundesregierung nach dem Regierungswechsel 1998 umgesetzt wurde: ein Schritt in die richtige Richtung. Die Wachstumsraten des BIP sind zwar von denen des Energie- und Stoffverbrauchs entkoppelt, von einer absoluten Ressourcenverbrauchsminderung ist Deutschland – wie alle Industriestaaten – aber noch weit entfernt.⁶

Von der Output- zur Inputorientierung

Die Geschichte der europäischen Umweltpolitik zeigt ein ähnliches Grundmuster wie die deutsche.

In den 70er Jahren galt es, die Abfälle der Industriegesellschaft zu managen, vor allem hinsichtlich schädlicher und giftiger Substanzen.

Über die folgenden Jahre und Jahrzehnte ist eine Entwicklung abzulesen, die mehr und mehr einen integrierten Ansatz verfolgt, alle wichtigen Politikbereiche durchdringt, die bestimmte Stoffströme wie Autos, Reifen oder elektronische Geräte versucht in den Griff zu bekommen, indem man z.B. die Industrie dazu verpflichtet, ihre Produkte am Ende der Lebensdauer zurück zu nehmen.

Das fünfte Aktionsprogramm der EU für die Umwelt (1993) war ein Meilenstein, weil es das Prinzip der Nachhaltigkeit zu Grunde legt. Erst im sechsten, derzeit gültigen Programm „Umwelt 2010: Unsere Zukunft liegt in unserer Hand“ (2001) wird ein klarer Zusammenhang zwischen Input und Output gesehen. 30 Jahre Abfall- und Ressourcenpolitik vermitteln ein Gefühl für die Geschwindigkeit, mit der politische Fortschritte erzielt werden.⁷

Immerhin, in Folge der UN-Umwelt- und Entwicklungskonferenz in Rio 1992 haben die europäischen Staaten nationale Nachhaltigkeitsstrategien vorgelegt. „Perspektiven für Deutschland“ wurde in den Jahren 2000 bis 2002 entwickelt. Die Themen: demographische Entwicklung, Bildung, Innovation und globale Verantwortung.⁸ In der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sind gar konkrete Zielmarken für die Ressourcenproduktivität fixiert.⁹

Auch Österreich, die Niederlande, Schweden, Finnland und Japan haben das Konzept der Effizienz in ihre politischen Programme hineingeschrieben. Ebenso die OECD¹⁰ und die Weltbank¹¹.

Die Ressourcenstrategie der Europäischen Union

Die Europäische Kommission hat ihre Ressourcenstrategie vorgestellt.¹² Sie erwartet, dass sich die Ressourcenproduktivität im Zeitraum zwischen 1980 und 2030 um beinahe einen Faktor 4 verbessern kann, verbunden mit einer relativen Entkoppelung von BIP und Ressourcenverbrauch und einer absoluten Entkoppelung im Hinblick auf die ökologischen Auswirkungen.

Die Kommission der EU hat erkannt, dass die Beibehaltung gegenwärtiger Verbrauchsmuster zu erheblichen negativen Auswirkungen für die Umwelt führt. „*Würde die gesamte Welt herkömmlichen Verbrauchsmustern folgen,*

dürfte sich die globale Ressourcennutzung innerhalb von 20 Jahren vervierfachen.“¹³ Dies würde aus Sicht der Kommission zu „Schäden an den Grundlagen der natürlichen Ressourcen“ führen¹⁴, die negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Wirtschaft in Europa haben. Ein bemerkenswertes Eingeständnis der Politik, dass längst noch nicht von allen Teilen der Wirtschaft geteilt wird.

Eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen ist daher ein zentraler Faktor für langfristigen Wohlstand in der EU¹⁵. Und wohl auch eine notwendige Bedingung für die Agenda von Lissabon mit ihrem Ziel eines jährlichen Wachstums von 3% für das BIP.

Warum das so ist, kann schon am Bereich der Energie beobachtet werden. Die Energieerzeugung in der EU ist über die letzten 20 Jahre mehr oder weniger konstant geblieben. Trotz einer relativen Entkoppelung vom Wachstum des BIP wuchs der Verbrauch absolut. Diese Mengen kamen weitgehend aus Energieimporten. Mittelfristig müssen 70 % des Energiebedarfs der EU über Importe gedeckt werden¹⁶. Energie ist eine Schlüsselressource für die Wirtschaft. Nicht nur in der EU und in den entwickelten Ländern steigt der Energiebedarf weiter, der größte Nachfrageschub kommt in Zukunft von den Schwellen- und Entwicklungsländern. Wenn die Energiemärkte unter Stress geraten ist das Wachstum in der EU Zone in Gefahr.

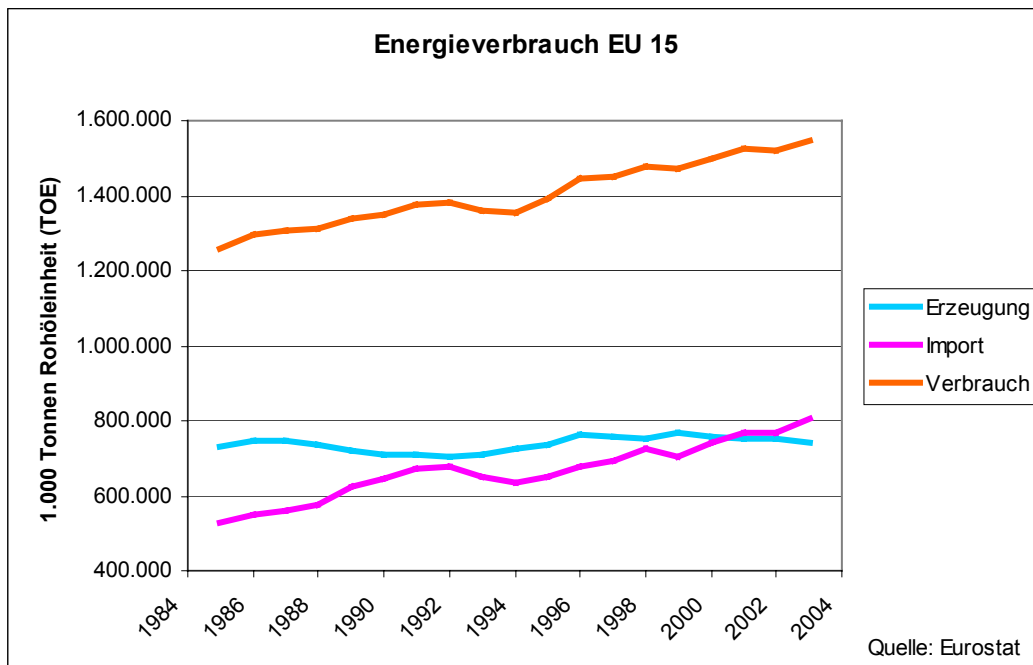


Abbildung 1: Entwicklung von Erzeugung und Import in Bezug zum Gesamtenergieverbrauch der EU15.

Die Importabhängigkeit kann an anderen Ressourcen abgelesen werden. Beispielsweise ist der Import von Kupfer in die EU 15 in den letzten 10 Jahren um mehr als das Doppelte gestiegen, bei Eisenerzen um das Eineinhalbfache.

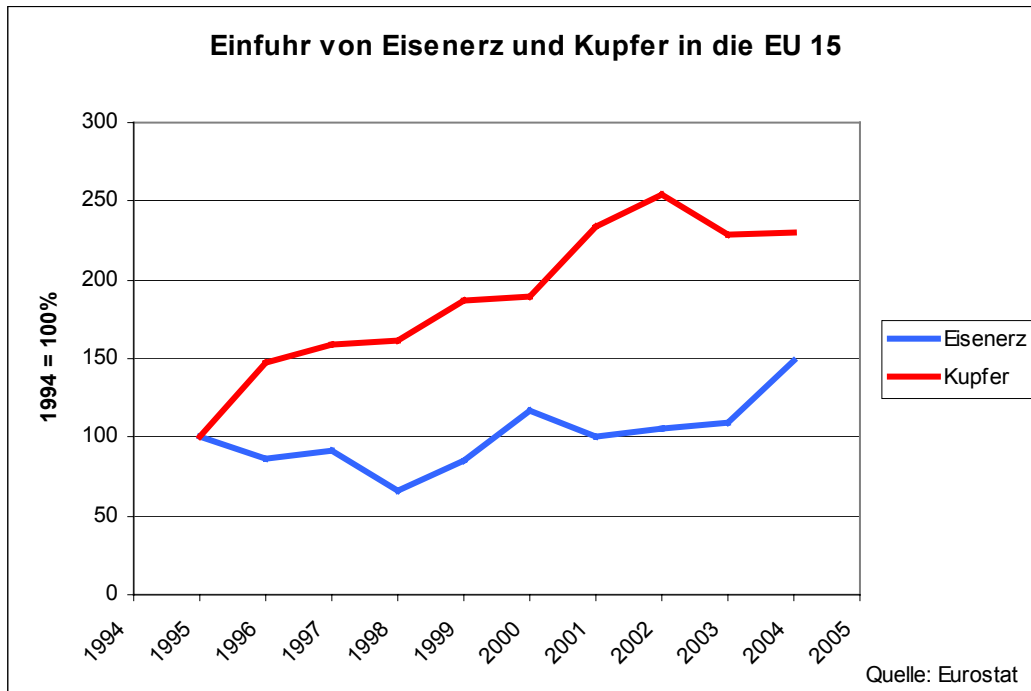


Abbildung 2: Entwicklung des Imports von Eisenerzen und Kupfer in die EU 15.

Aber andere Ressourcen sind in Europa am Limit. Zum Beispiel Fisch aus Nord- und Ostsee oder Mittelmeer oder Trinkwasser in südlichen Mitgliedstaaten.

Effizienz bei der Verwendung von Energie und Ressourcen ist dringend notwendig.

Die Kommission begreift ihre Ressourcenstrategie daher als Antwort auf die sich stellenden Herausforderungen. Sie soll im Zusammenhang mit der Strategie zur nachhaltigen Entwicklung gesehen werden und zu deren Umsetzung beitragen.

Etwa 25 Jahre, rechnet die EU, wird es dauern, ihre Ressourcenstrategie zu entwickeln und implementieren. Zur Erreichung ihrer Ziele enthält die Strategie 4 Maßnahmenbündel:

- Das Verständnis von und Wissen über die Ressourcennutzung in Europa, ihre negativen ökologischen Auswirkungen und ihre Bedeutung für die EU und die ganze Welt soll verbessert werden. Es soll ein Datenzentrum geschaffen werden, das als Informationsdrehkreuz für bereits existierende und teilweise konkurrierende Institutionen dient.
- Es sollen Indikatoren entwickelt werden, die Fortschritte – aber auch Rückschläge – messen können. Sie sollen auf die gesamte EU, auf einzelne Mitgliedsstaaten und einzelne Wirtschaftssektoren bezogen sein.
- Die Entwicklung strategischer Ansätze und Verfahren in den relevanten Wirtschaftssektoren und in den Mitgliedsstaaten soll gefördert werden.

Stakeholder und Bürger sollen für die „*erheblichen negativen Umweltfolgen der Ressourcennutzung*“ sensibilisiert werden¹⁷.

- Auf globaler Ebene soll ein internationales Gremium für die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen gebildet werden. Als federführende Institution wird die UNEP gesehen.

Innerhalb der EU fordert die Kommission die Fokussierung auf Bereiche, in denen wirklich etwas bewegt werden kann. Weg also von der Förderung von Projekten, die absolut gesehen wenig zur Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und BIP beitragen. Dazu hält es die Kommission für notwendig, „*Anstrengungen in Politikfeldern außerhalb der eigentlichen Umweltpolitik zu unternehmen.*“¹⁸

Im Anhang der Strategie werden einige mögliche Aktionsfelder angedeutet, die bemerkenswert sind:

- Einsatz von Steuer- und Abgabepolitik zur Verhaltensänderung von Produzenten und Konsumenten.
- Einsatz der Nachfragemacht des Staates im Sinne einer umweltfreundlichen Beschaffungspolitik („*green procurement*“)
- Bewusstseinsweckung beim Endkunden durch Einsatz von Labeln und Auszeichnungen, die nachhaltige Produktion für den Endkunden sichtbar machen.

Spannend wird es, wenn die Ressourcenstrategie mit all ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Politik aus dem Stadium der Studien und Entwürfe in die politische Realität tritt, wo es um Marktanteile und handfeste finanzielle Interessen geht, wo es Gewinner und Verlierer gibt.

Verteilungskämpfe sind absehbar. Ein Vorgeschmack ist das Feilschen um die Fangquoten in der Fischerei.

1 Friedrich Schmidt-Bleek, The MIPS-Story, <http://www.factor10-institute.org/pdf/Mipsgeschichte.pdf>

2 Ebd., siehe auch: Friedrich Schmidt-Bleek: Das MIPS-Konzept, Weniger Naturverbrauch – mehr Lebensqualität durch Faktor 10. Droemer, München 1998, S. 11 ff

3 E.-U. von Weizsäcker, A. B. Lovins, L. H. Lovins: Faktor vier. Droemer, München, 1985.

4 Die folgende Darstellung stützt sich auf: Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/wissen/07812802649396549661223750596746,0,0,Umweltpolitik.html>

5 Raimund Bleischwitz: Cognitive and Institutional Perspectives of Eco-Efficiency Wuppertal Papers Nr. 123, S. 19 ff <http://www.wupperinst.org/Publikationen/WP/WP123.pdf>

- 6 Siehe Fast Sheet Wirtschaftswachstum und Wohlstand entkoppeln. FAKTOR X – Grundlagen
- 7 Caroline Gervais: An Overview of European Waste and Resource Management Policy <http://www.massbalance.org/discussionpapers/An%20Overview%20of%20European%20Waste%20and%20Resource%20Management%20Policy.pdf>. Zur integrierten Produktpolitik der EU siehe auch <http://europa.eu.int/comm/environment/ipp/> : "Hier liegt eine enge Verbindung zur integrierten Produktpolitik (IPP). Da es sich um einen zeitlich unbegrenzten Prozess handelt, bei dem jede nachfolgende Produktgeneration nachhaltiger sein sollte als die vorangegangene, wird die IPP einen starken Katalysatoreffekt auf die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen haben. Aufgrund ihrer Prozessorientiertheit eignet sich diese Initiative nicht für die Festlegung spezifischer wirkungsbezogener Ziele. Dazu sind politische Entscheidungen erforderlich, die im weiteren Kontext der nachhaltigen Entwicklung getroffen werden müssen - und hier wird die Ressourcenstrategie wichtige Beiträge leisten." Quelle: Entwurf der EU-Ressourcenstrategie http://europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2003/com2003_0572de01.pdf
- 8 <http://www.nachhaltigkeit.at/reportagen.php?id=20>
- 9 Siehe Fact Sheet Wirtschaftswachstum und Wohlstand entkoppeln. FAKTOR X – Grundlagen
- 10 OECD: Eco-Efficiency, Report der OECD, 1998.
- 11 Siehe beispielsweise [http://lnweb18.worldbank.org/ESSD/envext.nsf/41ByDocName/MakingSustainableCommittmentsAnEnvironmentStrategyfortheWorldbank2001FullDocumentinColor5MBPDF/\\$FILE/EnvironmentStrategy2001FullDocument.pdf](http://lnweb18.worldbank.org/ESSD/envext.nsf/41ByDocName/MakingSustainableCommittmentsAnEnvironmentStrategyfortheWorldbank2001FullDocumentinColor5MBPDF/$FILE/EnvironmentStrategy2001FullDocument.pdf)
- 12 <http://www.europa.eu.int/comm/environment/natres/index.htm> Zentrale Website der EU zu Ressourcenstrategie, mit allen weiterführenden Links
- 13 Thematische Strategie für eine Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2005) 670, Brüssel, 21.12.2005, S.3.
- 14 Ebd. S. 5
- 15 Ebd. S. 4
- 16 Ebd. S. 15
- 17 Ebd. S. 6
- 18 Ebd. S. 7